

## **Angela Merkel in Nahost – Nachlese und Aufbruchsignale –**

**von Reiner Bernstein**

Ein Volk erhebt sich gegen seine Despoten, und der Nachbar verfällt in Angst. Für den früheren Außen- und Verteidigungsminister Moshe Arens könnte Israel mit arabischen Diktaturen besser bedient sein als mit einem Führungspersonal, das sich durch freie Wahlen legitimiert. Die einzige Demokratie im Nahen Osten, so ihr stolzer Anspruch, scheint in ihrer Nachbarschaft eine tyrannische Autokratie mit der Begründung zu bevorzugen, ansonsten drohe der Machtantritt der Moslembrüder. Kein Wort über die religiösen Fundamentalisten in den eigenen Siedlungen, in Parteien, im Militär, in den Medien und im politischen Vorfeld. Denn im Vergleich zu ihren Einflusssphären nimmt sich das Machtgefüge der Moslembruderschaft geradezu lächerlich aus. Deren endgültiger Abschied vom terroristischen Extremismus ist schneller zu erwarten als die unwiderrufliche Auflösung einer einzigen jüdischen Ortschaft in der Westbank und in Ost-Jerusalem.

In der israelischen Friedensbewegung sind ihre divergierenden Flügel so sehr mit sich beschäftigt, dass sie den Volksaufstand und die Unruhe nebenan zu verschlafen drohen. Öffentliche Warnungen wurden in den letzten Tagen einem ausländischen Staatsgast überlassen. Angela Merkel hat in Jerusalem und in Tel Aviv das zum Ausdruck gebracht, was ihr die vielen Nörgler, Zweifel und Besserwisser hierzulande absprachen: den Mut, von der Regierung Benjamin Netanyahus zu verlangen, für Freund und Feind endlich die eigenen Vorstellungen zum Frieden mit den Palästinensern auf den Tisch zu legen. Israels Sicherheit als deutsche Staatsräson „Ja“, ein daraus abgeleiteter Automatismus politischer Gefolgschaft „Nein“, lautet die Logik der Bundeskanzlerin. Dass sie das Gespräch mit Tsipi Livni enttäuscht verlassen haben dürfte, war wohl

voraussehbar: Original und Kopie – hier Likud, dort Kadima – unterscheiden sich politisch kaum voneinander, es sei denn durch das Profilierungsbedürfnis ihrer Protagonisten.

### Merkels politische Selbstbehauptung

Die Vorgänge in Ägypten und in anderen arabischen Ländern könnten keine Entschuldigung dafür sein, dass man den Friedensprozess stoppt und innehält, hat Merkel betont. Von dieser Überzeugung ließ sie sich durch Netanyahus wütende Replik nicht abbringen. Während die Administration in Washington den erfahrenen Diplomaten Frank Wisner – zwischen 1986 und 1991 Botschafter in Kairo – und die heutige Botschafterin Margaret Scobey vorschickte, um eine erste Bestandsaufnahme zu protokollieren, strebt die Bundeskanzlerin klare Ergebnisse an – und sucht sich von der transatlantischen Bevormundung zu emanzipieren, die prinzipielle Solidarität und altes Wohlwollen höher schätzt als besonnene Dynamik. Die nachdrücklichen Ermahnungen Obamas an die Adresse Mubaraks hätten seiner politischen Glaubwürdigkeit noch mehr genützt, wenn der Präsident sie auch gegenüber Netanyahu vorgetragen hätte.

Wer sich in den letzten Wochen und Monaten in ägyptischen Großstädte aufhielt und mit ranghohen Repräsentanten der Arabischen Liga am Tahrir-Platz in Kairo sprach, spürte die Frustration über den innenpolitischen Stillstand im gesamten arabischen Raum. Von der politischen Opposition im Lande wurde gegenüber den Besuchern keine Belehrung ausgelassen, dass das Volk aufgrund seiner langen Unterdrückung der vollständigen Apathie verfallen sei: Es habe sich in das Schicksal aus Armut, Elend, Arbeitslosigkeit, riesiger Kluft zwischen arm und reich, Bildungsnotstand und Freiheitsberaubung ergeben. Plötzlich jedoch hat sich ebendieses Volk in geradezu atemberaubendem Tempo auf den Weg der Selbstbefreiung begeben.

### Was ist geschehen?

Alle geschichtlichen Erfahrungen Europas belegen, dass die Selbstherrlichkeit der Potentaten durch bürgerliche Schriftsteller, Künstler, Akademiker und Berufsrevolutionäre herausgefordert wurde, bevor ihre politischen Entwürfe von Arbeitern und Bauern aufgenommen und weitergetragen wurden. Die arabische Welt scheint hierbei eine Ausnahme zu bilden. Ihre intellektuellen Eliten haben zu großen Teilen längst das Weite gesucht und in jenen Ländern Aufnahme gefunden, in denen manche von ihnen nunmehr als Sprachrohre gegen neoimperiale Ambitionen, berechnende Ressourcenausbeutung und Hedonismus auftreten. Zu Hause geblieben sind vor allem jene Menschen, denen Ausbildung, sozialer Aufstieg und unabhängiges Urteil sowie der Luxus von Mobilität auf dem Arbeitsmarkt verwehrt wurden. Nun haben sie die zerstrittene Opposition mitgerissen – und zögern mit der Anerkennung Mohamed El-Baradeis, weil er als Wissenschaftler und Diplomat nicht ihre Sprache spreche.

Aus einer europäischen Perspektive mag die Inkubationszeit für die Reifung des politischen Bewusstseins eine kleine Ewigkeit gedauert haben. Nun endlich dreht das Volk bei Inkaufnahme der historisch bekannten Verwerfungen durch Anarchie, Entsetzen und Schurkereien den Spieß um: Es will sich erstmals eine Führung suchen, die es nicht nach Belieben malträtiert. Selbst Syriens Präsident Bashar Al-Assad sieht sich genötigt, eine „neue Epoche“ mit demokratischen Reformen zuzusagen. Es sei an der Zeit, das politische System seines Landes zu demokratisieren, nachdem alles vom Staat kontrolliert worden sei. Kommt diese Einsicht zu spät? Die syrischen Moslebrüder haben ein langes Gedächtnis: Ihr zehntausendfacher Tod Anfang 1982 in Hama auf Anweisung Hafez Al-Assads ist unvergessen. Wenn das Regime in Damaskus fällt, werden außerdem bei der Hisbollah die Alarmanlagen schrillen: Ihre

Sonderstellung im religiös, ethnisch und ideologisch durchwachsenen Libanon stünde auf dem Spiel.

Dass die Palästinenser von den Umbrüchen unberührt bleiben, gilt als ausgeschlossen. Was jene 1,3 Millionen mit israelischer Staatsbürgerschaft angeht, hat die politische Gärung sie längst erfasst und droht, den Staat Israel von innen aufzurollen. Im Gazastreifen beziehen über den Protest gegen die israelische Blockade ihrer Grenzen sowie der westlichen Bevormundung hinaus immer mehr Menschen Position gegen die rigorose Islam-Deutung von Hamas. Menschenrechtsorganisationen klagen in der Westbank, dass der mit westlicher Hilfe betriebene Aufbau von Sicherheitsstrukturen zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung die Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie behindere. Die Nervosität der 140.000 palästinensischen Einwohner Ost-Jerusalems ist mit Händen zu greifen. In der Altstadt rücken ultraorthodoxe Juden Haus für Haus vor, in den nach 1967 entstandenen Wohnvierteln zwischen Ramat Shlomo im Norden und Gilo im Süden werden immer neue Wohneinheiten gebaut, die Verdrängung der Palästinenser aus Silwan und Sheikh Jarrach ist im vollen Gange.

### Zapateros Ermutigung

Bleibt mithin neben Arabien auch die Frage nach Israels Zukunft. Staat und Gesellschaft sehen sich von internationaler Isolation bedroht. Die arabischen Regimes, bisher ihre stillen Verbündeten, wanken. Auch wenn in Ägypten und Jordanien zunächst die Rufe nach politischer Freiheit und sozialer Absicherung im Mittelpunkt stehen, liegt das Ermessen auf dem offenen Markt, ob die Friedensverträge mit Israel Bestand haben sollen. Seit geraumer Zeit wird in israelischen Ministerien die Sorge geäußert, dass Europa ebenfalls auf politische Distanz geht. Das trifft vor allem auf seine Kernstaaten mit Ausnahme der Niederlande zu, die aus

innenpolitischen Gründen gegen den Verdacht ankämpfen wollen, vor radikalislamischen Stimmungen in der zweiten und dritten Generation der Einwanderer aus dem Maghreb zurückzuweichen. Nach wie vor zögert auch Berlin.

Israel kann nicht auf den Feldern von Innovation und Technologie zu den *global players* gehören wollen und ansonsten der biblischen Devise – ob als Verheißung oder als Fluch interpretiert – vom Volk, das allein wohnt, nachgeben. Als allein der militärstrategischen Überlegenheit vertrauendes Bollwerk wird Israel in einer Umwelt, die sich zu einer allmählichen demokratiefähigen Neuordnung anschickt, chancenlos bleiben. Was Guido Westerwelle für Ägypten angemahnt hat, trifft auch hier zu: Ein „geregelter Übergang“ muss gelingen. Wenn die Besinnung aus der Mitte der israelischen Gesellschaft kommen soll, sind beide Anstöße von außen bedeutsam: die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Potentiale und die Gespräche auf parlamentarischer und Regierungsebene. Die Politik muss nicht von Grund auf unberechenbar bleiben, wie kürzlich ein deutscher Nahostkorrespondent behauptet hat.

Die Bundesrepublik darf nicht in der Verteidigung verharren, hat Spaniens Ministerpräsidenten José Luis Rodrigues Zapatero die Bundeskanzlerin ermutigt. Stattdessen solle sich Berlin auf eine Führungsrolle „im angreifenden Mittelfeld“ hinbewegen, was auch für den Nahen Osten zutreffen sollte. Halbherzigkeiten als Gegengewichte im Kanon des Immobilismus verhindern den Frieden. Der bevorstehende Besuch einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses in Israel kommt zur richtigen Zeit – wenn sie nicht in letzter Minute abgesagt wird, weil ihr die Regierung in Jerusalem die Einreise in den Gazastreifen verweigern will.

*Reiner Bernstein*

02/03.02.2011

-----